

Einleitung

» Gewiss, wir sind in einer schwierigen Lage, aber: Mut verloren, alles verloren. (Friedrich Ebert)

Im Frühsommer 2026 befindet sich Deutschland in einer politischen und ökonomischen Zwillingskrise, deren Ursachen weit über eine konjunkturelle Schwäche hinausreichen. Sie ist geprägt von Stagnation, sinkenden realen Pro-Kopf-Einkommen, zunehmenden industriellen Arbeitsplatzverlusten und einer strukturellen Investitionsschwäche. Hohe Energie- und Arbeitskosten sowie eine hohe und zunehmende Belastung durch Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben haben die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts erheblich beeinträchtigt. Zugleich verschärfen der demografische Wandel, ein veraltender Kapitalstock, geringe Arbeitszeiten und eine unterdigitalisierte Verwaltung den strukturellen Reformdruck.

Kapitel I zeigt aber auch, dass es eng verknüpft mit der ökonomischen Krise noch eine wachsende politische Fragilität gibt: Sinkendes Vertrauen in Staat und Regierung, eine zunehmende Unzufriedenheit mit Verwaltungsleistungen und sozialen Sicherungssystemen sowie die Wahlerfolge an den politischen Rändern erfordern und begrenzen gleichzeitig die Reformfähigkeit der regierenden Koalition. Ein Teil des schwindenden Vertrauens in die Veränderungsfähigkeit der Politik ist auch selbstgemacht: »Die Bürger wissen alle, dass man die Welt nicht von heute auf morgen verändert. Glaubwürdigkeit nennt man das« (Herbert Reul). Deshalb ist ein erheblicher Teil der Krise, die wir anpacken müssen, eine Krise des Vertrauens in die Glaubwürdigkeit von Politik, denn Vertrauen ist eine Grundvoraussetzung fast jeden menschlichen Handelns.

Aber klar ist auch, dass ohne tiefgreifende Strukturreformen in Staat, Sozialversicherungen, Steuerpolitik, Infrastruktur, Arbeitsmarkt und Innovationspolitik für Deutschland ein »fading miracle« derzeit wahrscheinlicher ist als die Rückkehr zu einem neuen »German miracle«. Denn sehr eng mit der nationalen Zwillings-

krise verwoben ist noch die »Zeitenwende« eines strukturellen Regimewechsels der internationalen Ordnung (► Kap. 2): An die Stelle einer liberal-institutionellen »Effizienzordnung« tritt zunehmend eine machtpolitisch und geökonomisch geprägte »Resilienzordnung«. Multipolarisierung, strategische Rivalität zwischen den USA und China, der China-Schock, die Erosion multilateraler Institutionen sowie die Politisierung von Handel, Technologie, Energie und Lieferketten verändern die Bedingungen internationaler Arbeitsteilung grundlegend, namentlich für Deutschland als ehemaligen »Ausrüster der Welt«.

Für Deutschland und Europa folgt daraus die Notwendigkeit, strategische Autonomie nicht als Autarkie, sondern als Handlungsfähigkeit unter Interdependenzbedingungen neu zu organisieren. Dies betrifft unsere Verteidigungsfähigkeit, unsere technologische Souveränität, die Energie- und Rohstoffsicherheit, unsere Lieferkettenresilienz sowie unsere institutionelle Umsetzungskapazität, das alles zu stemmen. Neue Knappheiten, Verwundbarkeiten und Sicherheitslogiken müssen immer stärker in wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entscheidungen eingepreist werden und werden dadurch auch bei den Bürgern spürbar. Damit verschiebt sich der Maßstab politischen Erfolgs von kurzfristiger Effizienz hin zu Robustheit, Koordination und langfristiger Resilienz.

Folglich kommen noch weitere Aufgaben auf einen schon jetzt vielfach überforderten Staat zu: Ein zentrales Merkmal der deutschen Strukturkrise ist die Überdehnung des Staates. In den vergangenen Jahrzehnten hatte sich ein Politikverständnis ausgebreitet, das nahezu jede wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Verunsicherung in einen staatlichen Handlungsauftrag übersetzt. Der Staat sollte schützen, ausgleichen, absichern, fördern, anreizen, transformieren, integrieren, modernisieren und im Zweifel auch psychologisch entlasten. Für sich genommen ist keine dieser Aufgaben illegitim. In ihrer Summe aber führten sie zu einer systematischen Überforderung staatlicher Kapazitäten, waren zu wenig zielgenau, setzten falsche Anreize und lösten keine oder falsche Verhaltensanpassungen aus.

Das deutsche Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft beruht dagegen auf der Idee, dass der Staat verlässliche Spielregeln setzt, aber nicht ständig in den Spielprozess eingreift. Diese Einsicht ist zu lange aus dem Bewusstsein verschwunden. Deutschland zehrt noch von industriellen Stärken, institutioneller Verlässlichkeit und gut ausgebildeten Fachkräften, erneuert diese Grundlagen

aber nicht mehr ausreichend. Es kommt zu einem sich beschleunigenden Substanzverzehr. Das erinnert an die späten 1990er-Jahre, als Deutschland beim Produktivitätswachstum zurückfiel – bevor Reformen einen langen Aufschwung von 2006 bis 2019 ermöglichten.

Die jüngere Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass Deutschland eigentlich Reformen kann, wenn es die Zeit erfordert. Orientierung dafür lieferten stets auch Leitbilder aus der nationalökonomischen Debatte, von denen drei im Jahr **2026** ein Jubiläum feiern können (► Kap. 3): Adam Smith's »Wohlstand der Nationen« beschrieb **1776** – nebenbei auch das Geburtsjahr der USA – erstmals zusammenfassend die zentralen Elemente einer freien Marktwirtschaft. Die Grundzüge der Sozialen Marktwirtschaft gehen auf die erstmalige Veröffentlichung eines Konzeptionsrahmens im Jahr **1946** zurück und wurzeln zentral auch in den Ideen des deutschen Ordoliberalismus der Freiburger Schule. Und im Jahr **1976** entwickelte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erstmals das Konzept der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.

Sich dieser Traditionsbestände zu erinnern, sollte auch für die laufende Reformdebatte nutzbar gemacht werden. Denn der Bedarf an einem »Leitbild« für Reformen ist beträchtlich: Besonders problematisch ist, dass Produktivitätskrise und staatliche Langsamkeit einander verstärken. Veraltete Infrastruktur, stockende Digitalisierung, lange Bauverfahren und ungelöste Zielkonflikte erhöhen Kosten, bremsen Investitionen und verlängern Innovationszyklen. In einer Welt schneller geopolitischer und technologischer Veränderungen wird Langsamkeit selbst zum Standortnachteil. Hinzu kommt eine Erosion von Verbindlichkeit. Reformen werden angekündigt, aber zu oft verschleppt; Prioritäten erklärt, aber durch Sonderinteressen relativiert; Zielbilder kommuniziert, ohne Mittel, Zuständigkeiten oder auch Zumutungen offenzulegen. Klar kommunizierte Leitbilder würden hier helfen.

Für Bürger, Unternehmen und Verwaltungen geht es um mehr Erwartungssicherheit, von der Investitionen, Vertrauen und Anpassungsbereitschaft ganz maßgeblich abhängen. Diese Vertrauenskrise speist sich aus Krisenerfahrungen, politischer Überforderung, polarisierten Debatten und Alltagsproblemen wie überlasteten Behörden, maroder Infrastruktur, Unterrichtsausfall, Wohnungsnot, missbräuchlichem Sozialleistungsbezug, steigenden Abgaben – jeweils vor allem

im sozialen Nahraum. Werden solche Erfahrungen normal, sinkt die Bereitschaft, Zumutungen für langfristige Reformziele mitzutragen. Die Vertrauensfrage ist deshalb kein weicher Nebenfaktor, sondern eine harte Reformbedingung. Ohne Vertrauen in Fairness, Kompetenz und Wirksamkeit werden Reformen aber blockiert, verwässert oder populistisch umgedeutet.

Die kritische Lage lässt sich nicht allein mit Fehlentscheidungen einzelner Regierungen erklären, sondern sie verweist auch auf verfestigte institutionelle Fehlanreize in einer auf Wiederwahl bedachten parlamentarischen Demokratie: Kosten werden in die Zukunft verlagert, Zuständigkeiten verwischt, der Sozialstaat kompensiert häufiger, als er befähigt, fördert häufiger als er fordert, und eine risikoscheue Regulierung bremst ex ante Chancen, statt ex post gegen ihre möglichen Risiken vorzugehen. Auch die mediengetriebene öffentliche Debatte inszeniert Verteilungskonflikte oft stärker als die Ermöglichung von Innovationen. Hinzu kommt eine kulturelle Schieflage: Politische und gesellschaftliche Energie richtet sich häufig stärker auf Absicherung, Anspruchsmanagement und Symbolpolitik als auf Leistungsfähigkeit, Eigenvorsorge, Umsetzung und Robustheit.

Die Krise verlangt daher nicht nur ein schlüssiges Reformpaket, sondern auch eine Neuverhandlung dessen, was Bürger von ihrem Staat erwarten dürfen, was aber auch der Staat von ihnen verlangen kann und welche Rahmenbedingungen die Wirtschaft für Innovation und Wohlstand braucht. Kapitel 4 entwickelt eine solche bewusst grundsätzlich und normativ gehaltene Grundlage für das Gelingen von Strukturreformen in Deutschland. Statt der verkürzten Alternative »mehr Staat oder mehr Markt« wird ein zeitgemäßer Ordnungsrahmen skizziert, der einen handlungsfähigen Staat, wirtschaftliche Produktivität und gesellschaftliche Eigenverantwortung miteinander verbindet. Zentral ist der Perspektivwechsel von den Verteilungs- zu den Ermöglichungsfragen, damit Deutschland wieder leistungsfähiger, entscheidungsstärker, investiver und resilienter wird.

Die vier neu zu gießenden Eckpfeiler für Strukturreformen sind: mehr Eigenverantwortung, eine steigende Produktivität, ein leistungsfähigerer Staat sowie eine größere Resilienz unseres Gemeinwesens. Ein investiver Sozialstaat muss die soziale Sicherung künftig stärker auf Befähigung, Prävention, Lebensverlaufsorientierung und empirisch überprüfbare Wirksamkeit ausrichten. Die Transformation des deutschen industriellen Geschäftsmodells setzt eine klare Vorfahrt

für Investitionen, Deep Tech, industrielle KI, Kapitalmobilisierung und eine innovationsfreundlichere Regulierung voraus. Ein leistungsfähigerer Staat zeichnet sich durch klare Zuständigkeiten, die Priorisierung von Aufgaben und Ausgaben, eine investive Haushaltssteuerung, mehr föderale Entflechtung und beschleunigte Verwaltungsprozesse aus. Schließlich betrifft die rasche Ausbreitung von Künstlicher Intelligenz nicht nur die ökonomische Produktivität, sondern auch die gesellschaftliche Resilienz bei innerer und äußerer Sicherheit, der zukünftigen Einkommens- und Machtverteilung und der nationalen Souveränität und Selbstbestimmung.

Die erforderlichen Strukturreformen können aber nur gelingen, wenn Eigenverantwortung und Subsidiarität, Produktivität, eine klare staatliche Priorisierung und mehr gesellschaftliche Resilienz nicht isoliert, sondern als miteinander verstränkte Bedingungen einer erneuerten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstanden werden. Besonders dringlich erscheinen Reformen bei Infrastruktur, Bürokratieabbau, Migration und Fachkräftesicherung, Bildung, Forschung und Innovation, Energie- und Klimapolitik, sozialen Sicherungssystemen, Arbeitsmarkt, Steuersystem, Industriepolitik, Föderalismus und Verteidigung (► Kap. 5). Viele Probleme sind seit Langem bekannt, doch politische Rücksichtnahmen, Partikularinteressen, Koalitionslogiken, bürokratische Trägheit und auch die Bestandswahrung der Wähler haben Reformen häufig verzögert oder verwässert. Es ist daher Zeit für eine neue Aufrichtigkeit zwischen dem Staat und seinen Bürgern. Das »Programm für Aufschwung und Beschäftigung« vom 2. Juli 2026 kann dabei nur ein erster Anfang sein.

Kapitel 1

»Made in Germany«: Konturen einer politischen und ökonomischen Zwillingsskrise

Hans-Peter Klös

- » In Krisenzeiten verschiebt sich die politische Aufmerksamkeit der Bürger vom partizipatorischen Input zur Substanz des Outputs. (Wolfgang Merkel)

Die politische Lage im Frühsommer 2026

»Vor uns liegen gewaltige Aufgaben. Die Menschen erwarten, dass eine bessere Politik für Deutschland gemacht wird. Wir wissen: Ökonomische Leistungsfähigkeit ist der Anfang von allem. Wir müssen Staat und Wirtschaft modernisieren, soziale Gerechtigkeit wiederherstellen und sie sichern [...]« – so Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998. Gut vier Jahre später, am 14. März 2003, kündigte er dann weitreichende Reformen an: »Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.«

Mit der damaligen Agenda 2010 wurde eine Trendwende am deutschen Arbeitsmarkt und ein langanhaltender Aufschwung eingeleitet. Auch in diesem Frühsommer nimmt Deutschland Kurs auf eine neue Agendapolitik. Ein zentraler Unterschied zu damals muss aber betont werden: Heute haben wir keine vier weiteren Jahre mehr, um von Kommissionsberichten mit Reformvorschlägen zu deren Umsetzung zu kommen. Denn nach mehr als fünf Jahren Stagnation, sinkenden realen Pro-Kopf-Einkommen, steigenden Insolvenzzahlen, massiven Standort-

verlagerungen und zunehmenden industriellen Arbeitsplatzverlusten stehen Deutschlands Unternehmen und Kommunen vielfach mit dem Rücken zur Wand. Deutschland befindet sich inzwischen am unter Ende von Wachstumsranglisten und hat auch bei zahlreichen anderen Rankings an Boden verloren. Der Substanzverzehr beim »Wohlstand für Alle« (Ludwig Erhard) hat bereits begonnen.

Die ökonomische Situation ist das eine, die politische Lage das andere. Die fortgesetzte geopolitische Zeitenwende führt zu stets neuen tektonischen Verschiebungen (▪ Kap. 2). Geopolitik und Ökonomie verknüpfen sich immer stärker miteinander und erhöhen die ohnehin hohe innenpolitischen Anspannung, die sich aus dem aufgelaufenen Reformstau ergibt, der nun unter großem Zeitdruck aufgelöst werden soll. Die Fähigkeit und Bereitschaft der Regierung zu strukturellen Reformen steht unter massiver Beobachtung durch die Wahlbevölkerung. Daher zeichnet sich mit Blick auf zahlreiche Kennziffern der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie auf die demoskopischen Befunde ein »Trigger-Cluster« ab: Der wahrnehmbare Unmut vieler Bürger dürfte sich in tatsächlichen Wahlentscheidungen widerspiegeln und die Landtagswahlen auch zu einem Plebiszit machen über die Fähigkeit der Regierung einerseits, Reformen auf den Weg zu bringen, und die Bereitschaft der Bevölkerung andererseits, Reformen auch zu unterstützen.

In fünf Bundesländern gingen die Bürger 2026 zu den Wahlurnen. Bereits bei den beiden ersten Wahlen in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz hatten die Parteien des linken und des rechten Randes zum Teil deutliche Stimmengewinne verbuchen können, die Parteien der Mitte dagegen empfindliche Stimmenverluste erlitten. Zwischen dieser politischen Entwicklung und der ökonomischen Performance des Landes gibt es einen direkten Zusammenhang: Schon der Deutschland-Monitor 2025 der Ostbeauftragten zeigte, dass sich zwar die Einstellungen der Bevölkerung in den strukturstarken und -schwachen Regionen Westdeutschlands ebenso wie in Ostdeutschland sehr ähnlich sind (Deutschland-Monitor, 2026). In Ostdeutschland ist jedoch zusätzlich unter anderem die Demokratiezufriedenheit signifikant geringer, sind populistische Einstellungen weiter verbreitet, ist das Gefühl individueller und gesellschaftlicher Anerkennung deutlich geringer und werden Veränderungen stärker mit Risiken verbunden.

Zudem sehen Menschen in Regionen mit geringer Prosperität auch die Entwicklung der Demokratie in Deutschland eher kritisch: Rund 70 Prozent der Bevölkerung und sogar 85 von 100 Personen mit populistischen Einstellungen stellen für die letzten 10 Jahre eher eine negative Entwicklung fest. Knapp jeder dritte Bundesbürger stimmt der Aussage zu, dass das Land jetzt eine einzige starke Partei brauche, die den Willen des Volkes verkörpere. Für jeden zehnten Bürger sollte eine starke Führungspersonlichkeit Entscheidungen treffen, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss; ein weiteres Fünftel der Bürger bejaht diese Forderung teils, teils. Umgekehrt stehen aber Menschen, die über ein höheres Einkommen und Bildungsniveau verfügen, sowie jene, die von einer positiven Entwicklung für sich selbst bzw. für Deutschland ausgehen, auch gesellschaftlichen Veränderungen deutlich positiver gegenüber. Veränderungen werden zudem eher akzeptiert, wenn der Staat als handlungsfähig und gestaltend empfunden wird sowie seine Entscheidungen nachvollziehbar und transparent kommuniziert werden.

Diese neuen Befunde reihen sich ein in regelmäßige Erhebungen über die Zufriedenheit der Bürger mit den Leistungen von Politik und Verwaltung. Das Vertrauen in den Staat sank 2025 bereits das fünfte Jahr in Folge: Inzwischen halten schon rund drei Viertel der Befragten den Staat mit Blick auf die zahlreichen Baustellen der Nation für überfordert. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik, soziale Sicherungssysteme/Rente, Schul- und Bildungspolitik, Steuer- und Finanzpolitik, Innere Sicherheit sowie Gesundheitsversorgung werden am häufigsten als Themenfelder genannt, bei denen der Staat nicht in der Lage sei, seine Aufgaben zu erfüllen (dbb, 2025). Dabei hätten die Bürgerinnen und Bürger aber klare Vorstellungen davon, was verbessert werden muss: Vorschriften sollten verringert und vereinfacht, ihre Anliegen deutlich schneller bearbeitet und mehr staatliche Dienstleistungen online erledigt werden können. Erstmals seit der Erhebung der Daten findet eine Mehrheit der Befragten zudem, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu viel Geld kostet.

Zugespißt formuliert kann daher festgehalten werden: Das Verhältnis zwischen den Bürgern und ihrem Staat ist angespannt. Der entscheidende Triggerpunkt für die Reformbilanz des Jahres 2026 sind daher die Ergebnisse in den fünf Landtagswahlen. Diese entscheiden nicht nur über die Zusammensetzung der

jeweiligen Landtage, sondern sie haben auch erheblichen Einfluss auf die weitere Legitimation (»license to operate«) für die schwarz-rote Koalition. Doch die Zweckgemeinschaft dreier programmatisch zum Teil sehr unterschiedlicher Parteien tat sich mit einem vertrauensbildenden Regieren bis weit in dieses Jahr hinein sehr schwer.

Immerhin macht der mit dem am 2. Juli präsentierten 34-Punkte-Programm demonstrierte Schulterschluss (Bundesregierung, 2026a) Hoffnung auf einen neuen Realitätssinn. Schon im Frühling 2026 schien für kurze Zeit einmal ein Agenda-Moment und der Zeitpunkt für eine faktische Neuaushandlung des Koalitionsvertrages gekommen zu sein, als der Vizekanzler in einer Grundsatzrede bei der Bertelsmann-Stiftung mit einem programmatischen Reformanspruch ins innerparteiliche Risiko gegangen war: 1) »Wir brauchen eine weitergehende sozialstaatliche Modernisierung«. 2) »Wir können nicht jede Krise und jedes Problem mit noch mehr Geld beantworten«. 3) »Wir werden als Gesellschaft insgesamt mehr arbeiten müssen« (BMF, 2026).

Doch schon wenige Tage darauf war von diesem zaghaften ersten Agenda-Moment nicht mehr viel übrig. Vielmehr zeichneten sich unter dem Eindruck des neuen Irankrieges und der damit einhergehenden starken Zunahme der Kraftstoffpreise die Koalition am 13. April nach einer zweitägigen Klausurtagung neue Konfliktlinien innerhalb der Koalition ab, die durch ein Entlastungspaket für Unternehmen und Haushalte (Bundesregierung, 2026a), das durchweg und aus unterschiedlichen Gründen auf Kritik gestoßen ist (DER SPIEGEL, 2026), nur mühsam übertüncht werden konnten.

Die Debatte darüber vermischte sich zudem mit der zeitgleichen Veröffentlichung der Vorschläge der Bundesgesundheitsministerin für eine Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (BMG, 2026), die damit ihrerseits auf den Bericht der Finanzkommission Gesundheit am 30. März reagierte (Finanzkommission Gesundheit, 2026). Diese thematische Verquickung trug dazu bei, dass sich die Klausurtagung der Koalitionäre im April insgesamt mehr als streitbelastet denn als mutig nach vorne weisend herausstellte. Wieder verstrich wertvolle Zeit, während sich die wirtschaftliche Situation weiter eintrübte.

Wenige Tage später sorgte der etwas unbedacht formulierte Hinweis des Bundeskanzlers, dass die »gesetzliche Rentenversicherung allein allenfalls noch die

Basisabsicherung für das Alter sein« werde (Der Bundeskanzler, 2026a), rasch für neue Turbulenzen in der Regierung. Zuvor hatte im November 2025 das »Rentenpaket 2025« mit der Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent bis 2031 und der Ausweitung der Mütterrente vor allem Turbulenzen in der Union ausgelöst. Um so ermutigender war es daher, dass die am 23. Juni vorgestellten Empfehlungen der Alterssicherungskommission »jetzt zügig umgesetzt werden« sollen (Die Bundesregierung, 2026b).

Dieses »schwierigste Reformprojekt unserer Zeit« hat bei vollständiger Umsetzung zusammen mit einer Gesundheitsreform das Potenzial, erste größere materielle Anzahlungen auf das nun vorliegende umfangreichere Reform-Gesamtpaket vom 2. Juli zu leisten. Von dessen Akzeptanz wiederum bei den Regierungsparteien selbst, den Oppositionsparteien, den Sozialpartnern, den Sozialstaatsverbänden und vor allem der Bevölkerung wird es auch abhängen, ob damit gerade noch rechtzeitig vor dem Wahlherbst 2026 die letzte Ausfahrt für eine Politik der einzuleitenden Strukturreformen genommen werden konnte. Zudem muss bis dahin auch geopolitisch (Iran, Ukraine) stets noch mit Überraschungen oder wichtigen neuen Weichenstellungen gerechnet werden.

Alles zusammen wird dann Einfluss darauf haben, ob sich die Kompetenzwerte der Bundesregierung wieder erholen können, die sich im Frühsommer 2026 auf einem Tiefstand befanden (► Abb. I, oben). Zeitgleich erreichten die addierten Wahlabsichten für die rechten und linken Parteien einen neuen Höchststand (► Abb. I, unten). Es wird sich zeigen, wie stark sich die schon in den ersten beiden Wahlgängen des Jahres 2026 zu beobachtende Tendenz auch im Osten festigen wird, dass sich die chronische ökonomische Krise auch immer deutlicher an den Wahlurnen niederschlägt. Denn Nachwahlanalysen belegten, dass bei Wahlentscheidungen wieder gilt: »It's the economy, stupid!« (Konrad-Adenauer-Stiftung, 2026, 4f.).

Hinzu gesellt sich die Erkenntnis, dass Parteibindungen und Parteaaffinitäten instabiler und volatiler werden. Auch deshalb nahm im Frühsommer 2026 mit Blick auf die weltpolitischen Wirren, die bislang erst ansatzweise umgesetzten Reformversprechen der Berliner Koalition und die beginnenden Landtagswahlkämpfe die Unruhe zu, dass das große Land in der Mitte Europas noch stärker in politische und ökonomische Turbulenzen geraten könnte. Deutschland steckte